

Änderungsantrag ÄG.1.1:

Antragsteller:in: LAG Bildung

Sachgebiet: G - Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Zeilen 103-112

1 [...]

- 2 ~~Wir wollen Bildung und Betreuung beitragsfrei vom Kindergarten bis zum Meister oder Master.~~
3 ~~Deshalb möchten wir beitragsfreie Kitas. Deshalb streiten wir gemeinsam mit Studierenden gegen~~
4 ~~die Verwaltungsgebühren an Hochschulen und gegen den Stellenabbau bei Lehrkräften.~~
5 ~~Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir für bessere Ausbildungsbedingungen und den~~
6 ~~Erhalt von Ausbildungsstätten.~~
7 ~~Wir meinen, Geld in Bildung zu investieren hilft mehr als Abschiebeknäste. Wir meinen kein Kind,~~
8 ~~kein Jugendlicher, kein junger Mensch sollte sich um seine Zukunft sorgen machen müssen.~~
9 ~~Dazu braucht es Sprachförderung statt Sprachverbote. Dazu braucht es echte Lernmittelfreiheit.~~
10 ~~Dazu braucht es beste Bedingungen bei der Ausbildung und dem Studium, weshalb wir für ein~~
11 ~~Auszubildendenwerk genauso streiten wie für gut finanzierte Hochschulen.~~
12 Wir wollen Bildungsgerechtigkeit. Für uns bedeutet das: Chancengleichheit unabhängig von den
13 finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Das beginnt mit guter Betreuung in der Kita.
14 Das schwarz-grüne „Kitaförderungsgesetz“ von Januar ist ein Hohn! Es erlaubt, dass 50 Kinder in
15 einer Kita, davon 10 unter 3, nur von einer einzigen Erzieherin, einer einzigen
16 sozialpädagogischen Assistentin und zwei Hilfskräften betreut werden. Solche Verhältnisse sind
17 eine Gefahr für Kinder und Beschäftigte und keine Förderung.
18 Wir brauchen gute Kitas mit genügend qualifizierten Fachkräften und Sprachförderung. Dafür ist es
19 erforderlich, die Ausbildung und Qualifizierung stärker zu fördern.
20 Wir brauchen Schulen, die für alle offen sind, von der ersten Klasse bis mindestens Klasse 10. Wir
21 brauchen echte Lernmittelfreiheit – auch für digitale Endgeräte.
22 Was wir nicht brauchen können, ist der großdeutsche Sonderweg: Die Sortierung der
23 Schüler*innen nach Klasse 4. Diese Aufteilung der Schüler*innen zementiert die
24 Klassenunterschiede und untergräbt das Ziel gleicher Chancen für alle Schülerinnen und Schüler.
25 Wir brauchen kein Gymnasium für die „Besseren“. Wir brauchen Schulen der Demokratie und der
26 Vielfalt, die alle jungen Menschen mitnehmen.
27 Bildung muss beitragsfrei sein, von der Kita bis zum Masterabschluss. Wir streiten gemeinsam mit
28 Studierenden gegen die Verwaltungsgebühren. Wir brauchen gut finanzierte Hochschulen,
29 Tarifverträge für studentische Mitarbeiter*innen und mehr Wohnheime für Studierende.
30 Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen wir für bessere Ausbildungsbedingungen, ein
31 Auszubildendenwerk und den Erhalt von Ausbildungsstätten.
32 [...]

Begründung:

Im bisherigen Text steht die Beitragsfreiheit im Vordergrund. Damit wurden drängende Probleme in den Einrichtungen unterbetont: Die katastrophale Beschäftigungssituation in den Kitas, die Schwarz-Grün jetzt in das „Kitaförderungsgesetz“ im Januar 2025 gegossen hat und der Klassismus des gegliederten Schulsystems.

Beitragsfreiheit ist in diesem Textentwurf weiter enthalten, aber am Anfang steht jetzt der Begriff der Bildungsgerechtigkeit. Diesen nimmt auch Frau Prien (Bundesbildungsministerin, CDU) für sich in Anspruch, darum wird er durch den Begriff der „Chancengleichheit“ nachgeschärft.

Bürgerliche Bildungspolitiker*innen verwenden nämlich lieber den Begriff der „Chancengerechtigkeit“. Damit ist gemeint, dass die Unterschiede in der häuslichen Erziehung sich

durch Schule nicht vollständig ausgleichen lassen und ein gewisses Maß an Ungleichheit einfach akzeptiert werden muss. Die Schüler*innen aus „bildungsfernen“ Haushalten müssten schon auch Chancen bekommen, aber nicht die gleichen. „Chancengleichheit“ ist darum ein wichtiger Kampfbegriff geworden.

Im jetzigen Textentwurf fehlte die Forderung nach der einen Schule für alle. Angesichts der Tatsache, dass Hattie, ein international bekannter Bildungsforscher das deutsche Bildungssystem gerade als „das ungerechteste der Welt“ bezeichnet hat, sollten wir dieses Alleinstellungsmerkmal unserer Partei weiter betonen. Dazu zählt auch die unverklausulierte Ablehnung des Gymnasiums. Keine andere Partei wagt das. Es ist unsere politische Funktion in diesem Zusammenhang. Der Rest des Textes ist nur etwas sortiert worden.